GESAGT

"Die Unternehmen im Wohnungsbau schöpfen vorsichtig Hoffnung."

Klaus Wohlrabe, Leiter der Umfragen beim Ifo-Institut, zum verbesserten Geschäftsklimaindex in der Branche

Wirtschaft

Börse



INTERVIEW CARSTEN KNOBEL

"Höhere Steuern nicht der richtige Weg"

Der Henkel-Chef sorgt sich um die Konjunktur. Und er erklärt, warum ihn im Unternehmen jeder duzen darf.

Herr Knobel, die neue Bundesregie rung ist 100 Tage im Amt. Ihr Urteil?

KNOBEL Die bisherige Leistung der Regierung und auch des Kanz lers finde ich insgesamt positiv. Es ist gut, dass Friedrich Merz in der Außenpolitik starke Präsenz zeigt, dass er eine enge Abstimmung mit wichtigen Partnern wie Frankreich, Großbritannien oder den USA an-strebt und dass Deutschland auch in der EU wieder eine aktivere, gestaltende Rolle einnimmt. Ich begrüße auch die sehr großen In-vestitionsprogramme für unsere Verteidigung und die Infrastruktur. Aber nun müssen diese Mittel auch konsequent eingesetzt werden.

Was bedeutet das?

KNOBEL Das Entscheidende ist nun, dass Deutschland nach zwei Jahren in der Rezession wieder auf den Wachstumspfad kommt. Das er-fordert, dass der versprochene Ab-bau von Bürokratie wirklich schnell vorangetrieben wird, ebenso eine breite Offensive für Digitalisierung, Bildung und Infrastruktur. Wichtig ist auch, dass wir in Deutschland wettbewerbsfähige Strompreise haben. Sie spielen zwar für Henkel – als weniger energieintensives Unter-nehmen – direkt keine so große Rolle, aber für die Zukunft der ganzen Chemieindustrie in Deutschland und damit für viele unserer Partner ist stabile und bezahlbare Energie zwingend notwendig.

Was halten Sie von Steuererhöhun-

gen, wie sie die SPD anregt?
KNOBEL Höhere Steuern sind nicht der richtige Weg, um mehr Wachs-tum zu erzeugen. Wenn der Staat mit den Einnahmen nicht auskommt, muss er sich fokussieren und ge-zielt sparen. Wir brauchen eine neue Aufbruchstimmung im Land, mehr Freiheit für Gründer und Unternehmer, keine neuen Belastungen der Privathaushalte und der Wirtschaft.

Sie waren beim Wirtschaftsgipfel des Kanzlers am 22. Juli dabei, bei dem mehr als 50 Vorstandschefs In-

Traditionskonzern Henkel und sein Chef

Unternehmen Henkel wurde 1876 von Fritz Henkel gegründet. Der Dax-Konzern hat rund 47.000 Mitarbeiter. Bekann te Marken sind Persil, Somat,

Vorstandschef Carsten Knobel 56. wurde 2012 Finanzvorstand, 2020 Vorstandsvorsitzender. Nach dem Studium in Betriebswirtschaft und Technischer Chemie ging er 1995 direkt zu Henkel.

vestitionen in Deutschland ankündigten. Was brachte Henkel mit?

KNOBEL Wir stehen zum Standort

Deutschland und investieren jährlich mehr als 100 Millionen Euro allein an unserem Heimatstandort in Düsseldorf. Wir haben hier für rund 130 Millionen Euro das größte Innovationszentrum für Klebstoff-anwendungen auf der Welt gebaut, in dem wir neue Technologie- und Wachstumsideen zur Marktreife bringen. Wir haben auch die Anzahl der Beschäftigten in Deutschland mit rund 8000 Stellen in den letzten Jahren weitgehend konstant gehal-ten. Trotz der Zusammenlegung der beiden Konsumgütersparten, bei der auch in Deutschland Stellen weggefallen sind. Und wir werder weiter investieren, um innovativ zu sein und Wachstum zu schaffen.

IIS-Präsident Trumn verunsichert die Welt mit seiner Zollpolitik. Wie stark trifft dies Ihren Konzern?

KNOBEL Höhere Zölle in den USA sind auch für uns spürbar, aber ihre direkten Folgen sind überschaubar, weil wir rund 85 Prozent der in den USA verkauften Güter dort herstellen und auch die meisten Rohstoffe lokal beziehen. Stärker trifft uns dagegen, dass private Kunden und die Geschäftskunden sich mit Ausgaben zurückhalten, weil sie verunsichert sind, was auf sie zukommt. Wir hatten Anfang des Jahres gehofft, dass sich die Kaufzurückhaltung im zwei-ten Quartal legt, nun drückt die Un-sicherheit über künftige Zölle aber weiter auf die Konjunktur.

Die Henkel-Aktie entwickelte sich in den vergangenen Jahren deut lich schlechter als der Dax.

KNOBEL Im Jahr 2024 hat sich die Henkel-Aktie sowohl besser als der Dax als auch der Durchschnitt unserer Wettbewerber entwickelt. Aber dennoch sind wir mit der Ent-wicklung der Henkel-Aktie im bishe-rigen Jahresverlauf nicht zufrieden, sie spiegelt den Wert des Unternehmens nicht wider. Das ist für uns An-sporn, den Kapitalmarkt weiter zu überzeugen, und wir sehen uns mit unserer Strategie auf einem guten Weg. Aktuell raten ein Dutzend Ak-tienanalysten zum Kauf, ein halbes Dutzend zum Halten der Aktie und nur noch einer zum Verkauf. Seit wir Anfang August die Halbjahres-ergebnisse verkündet haben, legte der Kurs um rund zehn Prozent zu.

Droht ein neues Umbaupro

KNOBEL Nein, wir sehen im Moment keine Notwendigkeit zu grö-ßeren Maßnahmen. Wir haben seit der Ankündigung Anfang 2022 die zwei Unternehmensbereiche Beauty Care und Laundry & Home Care erfolgreich zum neuen Bereich Con-sumer Brands zusammengeführt und dabei viele Synergien erzielt, sogar etwas mehr als ursprünglich geplant. Das war eine wichtige, strategische Veränderung für Henkel. Aber natürlich werden wir uns auch weiterhin ständig anpassen und verändern müsser

Im Jahr 2022 haben Sie Preise um bis zu 13 Prozent erhöht. Werden

Persil und Co. nun erneut teurer?

KNOBEL Diese Schritte waren unvermeidbar, weil die Rohstoffkosten

enorm gestiegen waren. Das hat sich wieder beruhigt. Aber wir erwarten weiter höhere Preise bei bestimm-ten Produkten, zum Beispiel, wenn wir Innovationen auf den Markt bringen, die einen besonderen Mehrwert für die Kunden bieten.

Die Trump-Regierung verbietet ge zielte Förderprogramme und Quo-ten, weil diese ihrer Einschätzung nach andere Gruppen benachtei-ligen. Verzichtet Henkel also auf das Ziel, bis Ende dieses Iahres die Hälfte aller Führungspositionen mit Frauen zu besetzen?

KNOBEL Wir halten an unserer globalen Ambition einer Geschlechterpa-rität über alle Management-Ebenen hinweg fest, haben aber keine feste Quote für einzelne Länder wie die USA. Es bleibt dabei, dass wir bei jeder Beförderung alleine danach entscheiden, wer am besten geeignet ist. Aber wir streben eine hohe Vielfalt in der Belegschaft an, weil diverse Teams leistungsfähiger sind. Dies zeigt sich auch hier am Campus in Düsseldorf, wo Menschen aus rund 70 Nationen arbeiten.

Also ist Ende des Jahres jede zweite

Führungskraft eine Frau?

KNOBEL Nein, Ende vergangenen
Jahres lag der Anteil bei 42 Prozent, nun bei 43 Prozent. Wir sind also auf dem richtigen Weg und verbessern uns ständig. Eine genaue Zahl zu einem bestimmten Datum spielt dabei aber weniger eine Rolle.

Gendern Sie im Unternehmen? KNOBEL Ich mache bei Ansprachen schon deutlich, dass ich beide Geschlechter meine, und spreche auf der Hauptversammlung beispiels-weise natürlich gezielt sowohl Aktionärinnen wie Aktionäre an. Auf ein durchgehendes Gendern verzichte ich aber. Gerade in Reden ist das sehr sperrig. Die Förderung von Vielfalt drückt sich für mich auch nicht im Gendern aus, sondern ist für mich eine grundsätzliche Einstellung. Für mich ist es wichtig, dass wir uns alle als ein Team verstehen und zusammenhalten. Deshalb habe ich zu Beginn der Corona-Krise allen im Unternehmen angeboten, mich zu duzen, wenn sie wollen.

Das bedeutet?

KNOBEL Niemand muss bei Henkel duzen. Es ist ja nur ein Angebot. Wenn ich auf Reisen bin, wie letzte Woche in China, und wir auf Englisch Mitarbeiterveranstaltungen halten, sprechen mich sowieso alle mit Carsten an.

Bleibt es dabei, dass bis zu 40 Prozent Homeoffice erlaubt sind? KNOBEL Ja, das hat sich gut bewährt und funktioniert. Das muss aber mit dem Vorgesetzten abgestimmt werden, damit das für das Team auch passt. Zugleich bin ich aber der festen Überzeugung, dass viele Dinge besser gemeinsam im Team vor Ort erarbeitet werden können als ausschließlich virtuell. Interessanterweise sind es gerade viele jüngere Kolleginnen und Kollegen, die verstärkt ins Büro kommen wollen. Ihnen ist besonders wichtig, sich im

MORITZ DÖBLER UND REINHARD KOWALEWSKY STELLTEN DIE FRAGEN.

Team auszutauschen.

Regierung will Stromkunden ab 2026 entlasten

BERLIN (dpa) Stromkunden in Deutschland sollen vom kommenden Jahr an entlastet werden. Passieren soll dies über einen Zuschuss des Bundes in Höhe von 6,5 Milliarder Euro zur Finanzierung der Übertragungsnetzkosten. Damit solle die Kostenbelastung der Stromkunden aus den Netzentgelten gedämpft werden, hieß es aus Kreisen des Bundeswirtschaftsministeriums. Ressort brachte einen entsprechen-den Gesetzentwurf in die regierungs-interne Abstimmung. Die strukturell hohen Strompreise seien nach wie vor eine große Herausforderung für die Wirtschaft und belasteten die Ver-braucher. Der Bundeszuschuss soll aus dem Klima- und Transforma-tionsfonds (KTF) finanziert werden, einem Sondertopf des Bundes. Der Zuschuss zu den Übertragungsnetzkosten wird nun für 2026 umgesetzt. Auch in den folgenden Jahren solle es eine Entlastung für die Stromkunden geben, hieß es aus dem Ministerium

KRAFTSTOFF

Studie spricht HVO 100 positive Klimabilanz ab

BERLIN (dpa) Eine Studie im Auftrag der Deutschen Umwelthilfe (DUH) stellt der Kraftstoffalternative HVO 100, die aus wasserstoffbehandelten alten Pflanzenölen und Fettresten erzeugt wird, ein schlech-tes Zeugnis aus. "Wir zeigen, dass das eine ganz große Mogelpackung ist und dass wir hier einen Fake-Klimaschutz vor uns haben", sagte der Bundesge-schäftsführer der DUH, Jürgen Resch, bei der Präsentation. Durchgeführt hat die Untersuchung das Institut für Energie- und Umweltforschung (Ifeu) in Heidelberg. Im Vergleich zum konventionellen fossilen Dieselkraftstoff spart HVO 100 laut einer Bewertung der Bundesanstalt für Ernährung und Landwirtschaft aus dem Jahr 2023 bis zu 90 Prozent an CO₂-Emissionen ein. In der Ifeu-Studie wird dieser Umfang an Einsparungen jedoch angezweifelt

Trump: USA steigen mit zehn Prozent bei Intel ein

MEXIKO-STADT (rtr) Die US-Regie-rung steigt nach Angaben von Präsident Donald Trump mit zehn Prozent bei Intel ein. Die Aktie des angeschlagenen Chip-Konzerns legte nach der Ankündigung am Freitag im laufenden Handel zunächst um mehr als sechs Prozent zu. Der Konzern lehnte eine Stellungnahme zunächst ab. Die Re-gierung in Washington hatte angedeu tet, als Gegenleistung für Subventio-nen aus dem sogenannten Chips Act Aktienpakete von Technologiefirmen übernehmen zu wollen. Trump hatte iüngst noch den Rücktritt des neuen Firmenchefs Lip-Bu Tan gefordert. In-tel hatte 2024 einen Jahresverlust von 18,8 Milliarden Dollar verzeichnet.

Deutsche Wirtschaft ist stärker geschrumpft

Der Abschwung im Frühjahr fiel mit 0,3 Prozent größer aus als zunächst berechnet. Immerhin hat sich die Kassenlage des Staates verbessert.

WIESBADEN (dpa) Die deutsche Wirtschaft ist im vom Zollkonflikt geprägten Frühjahr stärker geschrumpft als zunächst berechnet Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ging im Vergleich zum ersten Quarstal um 0,3 Prozent zurück, wie das Statistische Bundesamt anhand neuester Daten mitteilt. Zunächst hatte die Wiesbadener Behörde einen Rückgang um 0,1 Prozent für den Zeitraum April bis einschließ-lich Juni 2025 errechnet. Während sowohl der private als

auch der staatliche Konsum zu-

legten, gingen die Investitionen in Bauten, Maschinen und Fahrzeuge deutlich zurück. Auch vom Außenhandel blieben positive Impulse aus. Die erratische Handelspolitik der USA bremst die exportorientierte deutsche Industrie.

Die Kassenlage des deutschen Staates hat sich unterdessen ver-bessert: Zwar gab der Fiskus in den ersten sechs Monaten dieses Jahres nach vorläufigen Daten des Bundesamtes 28,9 Milliarden Euro mehr aus, als er einnahm. Weil Sozialbeiträge und Steuereinnahmen

schneller wuchsen als die Staatsausgaben, war das staatliche Defizit aber um deutliche 19,4 Milliarden niedriger als ein Jahr zuvor. Bezo-gen auf die gesamte Wirtschafts-leistung lag das Defizit von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung im ersten Halbjahr 2025 bei 1,3 Prozent. Zum Jahresauftakt hatte es nach

jüngsten Berechnungen des Bun-desamtes noch ein Mini-Wachstum von 0,3 Prozent gegeben – weil aus Angst vor den damaligen Zolldrohungen von US-Präsident Donald Trump Geschäfte vorgezogen wurden. Seit 7. August gelten für die meisten Importe aus der Europäischen Union in die USA Zölle von 15 Prozent. Da die Vereinigten Staaten ein sehr wichtiger Markt für Waren "Made in Germany" sind, bleibt das nicht ohne Folgen: Viele Unternehmen mussten im zweiten Quartal Umsatzeinbußen vor allem im Geschäft mit den USA, aber auch mit China hinnehmen.

Mit "Wachstumsbooster" und "Bauturbo" will die Bundesre-gierung die deutsche Wirtschaft

ankurbeln. Doch nach den ersten 100 Tagen der Koalition aus CDU/CSU und SPD unter Führung von Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) sind viele ernüchtert. "Deutschland muss endlich seine Hausaufgaben machen, tiefgreifende Reformen anpacken", mahnte etwa die Wirtschaftsweise Veroni-ka Grimm.

Volkswirte gehen zwar davon aus, dass die staatlichen Milliarden für Verteidigung und Infrastruktur die Wirtschaft in Schwung bringen werden, in den Zahlen wird sich

das voraussichtlich aber erst im Jahr 2026 niederschlagen.

Die höheren Zölle der Vereinig-

ten Staaten erschweren Geschäfte im wichtigen US-Markt – zum Beispiel für Automobilhersteller und Maschinenbau. Das bremst das Wachstum der größten Volks-wirtschaft Europas. Nach zwei Re-zessionsjahren rechnen führende Wirtschaftsforschungsinstitute in ihren jüngsten Prognosen für 2025 allenfalls mit einem Mini-Wachs-tum der deutschen Wirtschaft um die 0,3 Prozent.